



Nordsee-Zeitung 25.01.09

Wo fängt gute Pflege an, wo hört sie auf? Die Prüfer werden alle 40 Heime und Pflegeeinrichtungen in der Stadt unter die Lupe nehmen und die Betreuung beurteilen. Foto: Wüstneck

Noten für Pflegeheime ab Mitte 2009

Jeder kann sich kostenlos in der jeweiligen Einrichtung und im Internet informieren – Gutachten über Pflegezentrum in Kürze

Bremerhaven. 2009 sollen Pflegeheime vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Zensuren wie in der Schule erhalten. Wie funktioniert das? Mit Wolfgang Hauschild, Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung im Land Bremen, sprach Redakteurin Denise von der Ahé.

NZ: Ab wann vergeben Sie in Bremerhaven Noten?

Hauschild: Ich kann Ihnen noch keinen genauen Zeitpunkt nennen. Wir müssen noch technische Details klären. Es geht zum Beispiel um die Frage, in welcher Form die Daten an die Stellen gelangen, die die Noten veröffentlichen. Zudem muss die Prüfrichtlinie des Medizinischen Dienstes noch an die neuen Bedingungen des Pflegegesetzes angepasst werden. Ich gehe davon aus, dass es einen bundesweit einheitlichen

Starttermin geben wird – vermutlich wird es Mitte 2009 so weit sein.

NZ: Aus welchen Bewertungskriterien setzt sich die Note zusammen?

Hauschild: Es gibt viele unterschiedliche Bewertungskriterien. Es soll Gespräche mit den Bewohnern geben. Wir betrachten auch die Räume, um einen umfassenden Einblick zu bekommen. Wir schauen, ob die Bewohner ausreichend Flüssigkeit erhalten. Wir haben ein Auge darauf, ob Menschen häufig genug umgebetet werden, dass keine Druckgeschwüre entstehen. Wir haben uns auf Kriterien geeinigt.



Wolfgang Hauschild

Nun muss die Qualitätsprüfungsrichtlinie der Spitzenverbände der Pflegekassen den Kriterien angepasst werden.

NZ: Wo werden die Noten veröffentlicht?

Hauschild: Die Noten werden an einer gut sichtbaren Stelle innerhalb der Pflegeeinrichtung ausgehängt. Die Landesverbände der Pflegekassen stellen die Zensuren auch ins Internet. Jeder kann sich dann kostenfrei informieren.

NZ: Wie viele Pflegeheime werden Sie im Land Bremen und speziell in Bremerhaven unter die Lupe nehmen?

Hauschild: Wir benoten alle etwa 250 Heime und Einrichtungen im Land Bremen, das heißt auch alle 40 Heime und Einrichtungen in Bremerhaven. Ab 2011 begutachten wir jährlich alle einmal. Wir stellen dafür noch mehr Pflegequalitäts-Prüfer ein.

NZ: Mit welchen Konsequenzen müssen Pflegeheime rechnen, die keine glatte Eins bekommen?

Hauschild: Bei Qualitätsmängeln entscheiden die Landesverbände der Pflegekassen. Sie hören zuvor unter Beteiligung des zuständigen Trägers der Sozialhilfe den Träger der Pflegeeinrichtung an. Das Pflegeheim bekommt dann eine angemessene Frist, um die Mängel zu beseitigen. Es gibt Noten von eins bis fünf, fünf ist mangelhaft. Wenn ein Heim die Note 1,1 bekommt, ist es zwar ein sehr gutes Ergebnis, aber Kleinigkeiten stimmen nicht, die ebenfalls behoben werden müssen. Wenn ein Heim eine Fünf bekommt, muss schnell etwas passieren. Bei schwerwiegenden Mängeln könnte der Versorgungsvertrag gekündigt werden.

NZ: Das Pflegezentrum am Bürgerpark steht zurzeit wegen Pflegegemängeln stark in der Kritik. In

den nächsten Tagen wird ein Gutachten des Medizinischen Dienstes erwartet. Welche Auflagen wird es für das Heim geben?

Hauschild: Wir haben im Heim Mängel festgestellt. Den genauen Umfang kann ich zurzeit noch nicht nennen. Das Gutachten werden wir Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche an die Pflegekassen weitergeben. Über die Auflagen entscheiden dann die Landesverbände der Pflegekassen.

NZ: Gibt es auch in anderen Pflegeheimen der Hansa-Gruppe Missstände?

Hauschild: Es gibt im Land Bremen sechs Heime der Hansa, drei in Bremerhaven, drei in Bremen. Der Medizinische Dienst ist in allen sechs Heimen gewesen. Es gab zwar Mängel. Die waren aber nicht extrem. Aufgrund unserer Prüfungen ist nicht der ganze Träger im Verruf.

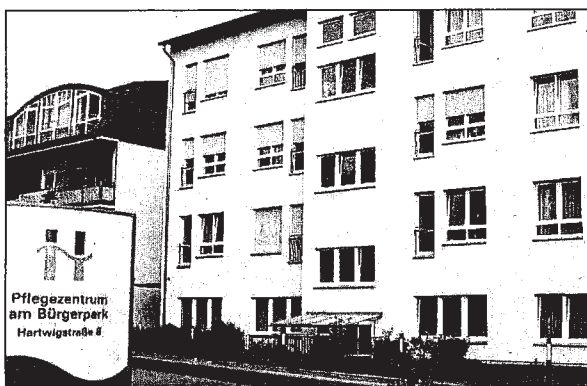
Pflegezentrum weist Vorwürfe zurück

Hansa: Keine Fehler festgestellt – „Wir zahlen keine Hungerlöhne“ – Krisentreffen mit Angehörigen

Bremerhaven (rad). Der Pflegeheimbetreiber Hansa hat gestern den Vorwurf der Körperverletzung Schutzbefohlener zurückgewiesen. Dass der Staatsanwalt gegen das Pflegezentrum am Bürgerpark ermittelte, habe man erst aus der NORDSEE-ZEITUNG erfahren, sagt Hansa-Geschäftsführer Mathias Winiarski. Er habe den Fall prüfen lassen: „Wir haben uns nichts vorzuwerfen.“

Auslöser für die Untersuchung war eine Anzeige des Betreuungsvereins Bremerhaven. Laut dessen Geschäftsführer Hans-Josef Göers hatten Krankenhausärzte bei einer Bewohnerin des Pflegezentrums schwerste Verletzungen durch Dekubitus (Wundliegen) festgestellt und den Verein alarmiert. Ins Krankenhaus eingeliefert worden war die 55-Jährige wegen einer Noro-Virus-Erkrankung und Verdachts auf Lungenentzündung.

Nach Auskunft von Hansa-Geschäftsführer Winiarski ist die Frau am 8. Januar, einen Tag vor der Überstellung ins Krankenhaus, von einem externen Wundberater begutachtet worden. Der habe kei-



Das Pflegezentrum am Bürgerpark. 130 Menschen leben in dem Neubau an der Hartwigstraße. Foto: eer

ne offenen Wunden festgestellt. „Fachlich unauffällig“ lautete der Befund. Pflegerische Fehler seien nicht festgestellt worden. „Natürlich können immer wieder mal Fehler passieren“, räumt Winiarski ein, „und wir können auch mit Kritik umgehen.“ Wenn in dem Pflegezentrum etwas falsch laufe, werde man das abstellen.

Die heftige öffentliche Kritik habe ihn „wie ein Paukenschlag“ getroffen, so der Hansa-Geschäftsführer. Er habe daraufhin eine „Task-Force“ in Bewegung gesetzt, die jeden der 130 Bewohner und jedes Zimmer des Pflegezentrums

begutachte. Es sei „nichts Alarmierendes“ festgestellt worden.

Verbessert werden müsse das Arbeitsklima. Dazu müsse auch das unterschiedliche Lohngefüge vereinheitlicht werden. „Wir zahlen keine Hungerlöhne“, meint Winiarski. „Wir können uns aber auch keine tarifgebundenen Mitarbeiter leisten.“ Tariflöhne könnten über die Pflegesätze nicht refinanziert werden. Bei der Caritas, so der Hansa-Chef, zahle zum Beispiel die Diözese die Differenz.

Der Unmut unter den Mitarbeitern sei auch durch persönliche Differenzen und Zwistigkeiten mit

der Führung entstanden, räumt er ein. Deswegen habe man unlängst auch die alte Heimführung gegen ein neues Leitungsteam ausgetauscht.

Bei einem kurzfristig angesetzten Krisentreffen mit Angehörigen am Dienstagabend waren diese Konflikte allerdings noch lange nicht passé. Auf Drängen der Besucher soll es jetzt ein neues Treffen geben, an dem auch die Geschäftsführung der Hansa Rede und Antwort stehen will.

Auch die Gewerkschaft Verdi und Oberbürgermeister Jörg Schulz (SPD) sind wieder ins Gespräch gekommen. Aus Sicht der Gewerkschaft hat die Stadt aufgrund von Vereinbarungen in dem Kaufvertrag mit der Hansa Einfluss auf die Bezahlung und die Qualität der Pflege. An dem Treffen am kommenden Mittwoch sollen auch Bürgermeister Michael Teiser (CDU) und Sozialdezernent Melf Grantz (SPD) teilnehmen. Einer Erwartung erteilt Schulz jedoch jetzt schon eine Absage: „Die Stadt wird ihre früheren Pflegeheime ganz sicher nicht wieder übernehmen.“

IM BLICKPUNKT

Schmerzensgeld für Pflegemängel

Das Münchner Landgericht hat der Bewohnerin eines Pflegeheims Schmerzensgeld wegen mangelnder Pflege zuerkannt. Die Stadt München muss der 69-Jährigen 15 000 Euro zahlen. Die Frau war nach einem Schlaganfall einen Monat lang in einem Klinikum behandelt worden. Kurz nach ihrer Entlassung wurden zwei Druckgeschwüre festgestellt. Im Lauf der Zeit traten weitere Druckgeschwüre auf mit der Folge, dass die Seniorin fünfmal operiert und ihr ein Oberschenkel amputiert werden musste. Die Frau verlangte in dem Zivilprozess 400 000 Euro Schadenersatz. Ein Sachverständiger stellte fest, dass die Frau nicht nur im Krankenhaus, sondern anschließend auch im Pflegeheim nicht nach dem Standard versorgt worden war. Sie hätte regelmäßig umgelagert werden müssen, um die Druckgeschwüre zu vermeiden. Die Richter urteilten, das Krankenhaus sei nur für die zwei ersten Geschwüre verantwortlich. Mit der Beinamputation hätten diese aber nichts zu tun. Deshalb reduzierte das Landgericht das Schmerzensgeld.